



Sitzung des

Gemeinderats und der Ortsfürsorgebehörde

am 13. März 1933.

Anwesend:

Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Schwammberger.

Mitglieder: StR. Dreher bei § 24, Binzinger, Scholl, Nies, Bauer, Dr. Weiss, Mall, Wörner, Schmidlin, Schmid, Mästling, Weller, Dr. Kirchgeorg, Dr. Schmid, Bürgers, Häbe, Dr. Sedlmayr, Ruedel, Rapp, Wiedemeier, Kühnert, Spindler, Wizigmann, Neher, Wiehl, Girmond, Wieland, Bantleon, Daiber, Schneider, Lindauer, Mann, Urban, Göhring, Hefe, Pfuhler, Bader, Herrlinger, Ruess, Scheffler.

Geistliche: Stadtpfarrer Dr. Sambeth, Schwenger-Wiblingen.

Ratschreiber Girmond von § 24 - § 33. Ratschreiber Scheyhing bei § 33a.

Abwesend: StR. Rossmann u. Wild (entschuldigt), Arnold (in Haft), Siegwarth (vorläufig seines Dienstes enthoben), bei den Gegenständen der Ortsfürsorgebehörde die weiteren Geistlichen.

A) Verhandelt vor dem Gemeinderat.

Öffentlich.

§ 24.

**§ 24.
Verw. Ref. (4)
Akt. GemRt.
" OBMstr.**

Stadtrat Scholl hat namens der nationalsozialistischen Gruppe des Gemeinderats den Antrag gestellt:

"Nach Auffassung des Gemeinderats Ulm entspricht die Zusammensetzung der Gemeinderäte nicht mehr dem Willen des Volkes. Er ersucht deshalb die Landesregierung, für möglichst baldige Neuwahlen Sorge zu tragen".

Den 13. März 1933.

Der Antrag ist sämtlichen Mitgliedern des Gemeinderats mit der Tagesordnung abschriftlich bekannt gegeben worden. Der Oberbürgermeister verliest ihn in heutiger Sitzung nochmals.

StR. Dreher gibt darauf zu dem Antrage etwa folgende Erklärung ab:

Wir sind jetzt 14 Monate auf dem Rathause. In diesen 14 Monaten hat man alles getan, um gerade die stärkste Partei, die stärkste Wahlgruppe in jeder Weise zu vergewaltigen und zu diffamieren. Fünf Wahlen sind dahingegangen, ohne daß auf dem Rathause dahingehend einmal die Konsequenzen gezogen worden wären. Der 5. März hat eindeutig gesprochen und wir lassen uns länger nicht mehr bieten, hier von der Macht ausgeschaltet zu werden. Die, die über unsere Anträge abstimmen, haben nach dem Volkswillen kein Recht, hier in diesem Hause zu sitzen. Ich habe den Antrag gestellt, damit der Gemeinderat selbst bekennen möge, daß der Volkswille zum Ausdruck kommt, wie er am 5. März zum Ausdruck gekommen ist.

Ich habe dahingehend noch Forderungen zu stellen, nachdem gerade in den 14 Monaten die Geschäftsführung des Herrn Oberbürgermeisters eine derartige war, jeden Antrag, der von unserer Seite gestellt wurde, als ungesetzlich zu bezeichnen oder überhaupt verschwinden zu lassen. Ich habe warten können, ich habe oft geschwiegen, glauben Sie nicht, daß ich etwas vergessen hätte. Man hat sich nicht gescheut, trotzdem ich im Recht war, nachdem ich das Wort zur Tagesordnung vor Eintritt in die Tagesordnung verlangt hatte, mich als Führer der stärksten Bewegung mit 14 Schupoleuten herunterzuholen. Ich habe mir gesagt, es kommt die Zeit. Ich hätte heute vielleicht die Möglichkeit, das Gegenteil zu tun. Ich

Den 13. März 1933.

bin nicht so kleinlich, ich bin nicht rachsüchtig. Im Hinblick auf die zurückliegenden 14 Monate, in welcher Zeit ich an den Herrn Oberbürgermeister 2 offene Briefe geschrieben habe, ohne je eine Antwort oder Beachtung gefunden zu haben - die Anwürfe halte ich aufrecht -, verlangen wir die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der prüfen soll, jedenfalls die Spesen und Ausgaben der Stadtverwaltung für die Person des Herrn Oberbürgermeisters. Ich stelle den Antrag auf Herabsetzung des Gehalts des Herrn Oberbürgermeisters auf 12 000 RM. Wenn erklärt wird, daß das auf Grund der Gemeindebesoldungsordnung nicht zulässig sei, stelle ich fest, daß das Gehalt des Herrn Oberbürgermeisters eine Sonderklasse darstellt, die nicht in der Gemeindebesoldungsordnung festgelegt ist, so daß auf Grund der damaligen Notverordnung dies zur Sanierung der Gemeindefinanzen hätte durchgeführt werden können. Herr Oberbürgermeister, wir fordern von Ihnen, daß Sie auf Grund Ihrer Einstellung zur stärksten Bewegung die Konsequenzen ziehen und freiwillig von Ihrem Amte zurücktreten. Sie haben 3 Tage Bedenkzeit, bis dahin wird die neue Staatsregierung bestehen, die dann u.U. das Andere veranlassen kann.

An diese Erklärung knüpft sich eine Aussprache, in der im wesentlichen ausführen:

StR. Dr.Kirchgeorg: Dem Antrage betr. Neuwahl des Gemeinderats stimmen wir zu.

StR. Dr.Sedlmayr: Wir verkennen keineswegs die Veränderung der politischen Verhältnisse. Wir sehen keine Veranlassung, daß der Gemeinderat Ulm der neukommenden Regierung einen Vorschlag in dem beantragten Sinne unterbreitet, da die Regierung von sich aus in der Lage ist, auf Grund der

Den 13. März 1933.

Notverordnung vom 24. August 1931 einzugreifen.

StR.Göhring: Bei Schaffung der neuen Gemeindeordnung ist aus Gründen der Stetigkeit und Festigkeit der Gemeindeverwaltung die Bestimmung getroffen worden, daß alle 3 Jahre die Hälfte der Gemeinderatsmitglieder zu wählen ist. Diese Bestimmung hat heute noch Gesetzeskraft. Solange sie das hat und nicht durch die Regierung und den Landtag, die allein zuständig sind, aufgehoben ist, sehen wir uns nicht in der Lage, einem solchen Antrage an den Gemeinderat zuzustimmen.

StR. Dr.Schmid: Ich muß mich über diese Erklärung sehr wundern. Es ist meines Erachtens, gerade solange die Sozialdemokratie an der Macht gewesen ist, diese Partei gewesen, die, wenn es ihr paßte, das demokratische Prinzip vertreten hat. Wenn jetzt die Sache einmal umgekehrt ist, dann hört man auf diesem Ohr nichts mehr. Ich hätte mich schon gefreut, wenn der Gemeinderat in seiner Geschlossenheit sich einstimmig auf den Standpunkt gestellt hätte: Dieser Gemeinderat ist überholt. Es ist das Recht der stärksten Partei, daß diesem Gesichtspunkt Rechnung getragen wird, indem ein solcher Antrag nach Stuttgart geschickt wird. Wenn es umgekehrt wäre, bin ich fest überzeugt, daß Sie nicht begreifen würden, wenn dem Antrage nicht stattgegeben würde. Das ist nur recht und billig, daß der Gemeinderat von sich aus die Initiative ergreift. Den Verhältnissen muß Rechnung getragen werden. Im übrigen ist die Sache nicht so sehr wesentlich. (Zustimmende Äuße von allen Seiten und "Sehr richtig".)

StR.Bantleon: Wir sind auch der Auffassung des Herrn Dr.Schmid, daß der Gemeinderat nicht der richtige Ort ist, der das beschließen soll. Wir stimmen dem Antrage zu, weil wir der Ansicht sind, daß die Volksmehrheit jetzt zum Worte

Den 13. März 1933.

kommen soll.

StR. Göhring: Ich habe nur festzustellen, daß wir uns immer der Volksmehrheit fügten, aber wir halten auch an der gesetzlichen Bestimmung fest. Herrn Dr. Schmid erwidere ich, daß wir im Jahre 1918, als wir die Mehrheit hatten, keinen Antrag gestellt haben, den Gemeinderat anders zu besetzen oder ihn aufzulösen. (Dr. Kirchgeorg: Sie haben die Mehrheit nicht gehabt, sondern die demokratische Partei mit 19 Sitzen. Bei der ersten Wahl zur Nationalversammlung waren wir die stärkste Partei. Wir haben ruhig gewartet, bis die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben waren, den Gemeinderat neu zu wählen. Ich bin der festen Überzeugung, daß die Regierung durch Verordnung die Gemeinderatswahlen in ganz Württemberg anberaumen wird und dieser Verordnung werden wir uns ohne weiteres fügen. Notwendig ist es nicht, daß der Gemeinderat von Ulm der Regierung irgend welche Vorschläge macht, wie sie es machen soll. Wir lehnen das ab.

StR. Dr. Schmid: Wenn Sie das Wort legal in den Mund genommen haben, muß ich sagen, daß der Antrag, wie er gestellt ist vollständig legal und durchaus in Ordnung ist.

(StR. Göhring: Ich habe nicht von legal gesprochen.) Was nicht legal war, das war 1918, wie Sie zur Macht gekommen sind.

StR. Dreher: Ich darf eine Erklärung abgeben zu diesen Ausführungen: Es ist uns gleichgültig, wer dafür ist oder nicht. Wir wollten feststellen, wie die verschiedenen Herrn sich zu dieser Angelegenheit stellen. Der Gemeinderat wird noch in diesem Monat umgeformt, das dürfen Sie sicher sein. Was wir jetzt unternehmen, das machen wir ganz. Wir haben gelernt. (Zu Herrn Göhring:) Die Zeit Ihrer Herrlichkeit

Den 13. März 1933.

dürfte vorbei sein und für viele andere Herren auch.

Der Oberbürgermeister läßt nun über den Antrag "Neuwahlen der Gemeinderäte" in der üblichen Weise abstimmen. (Auf die Anträge "Herabsetzung des Gehalts des Oberbürgermeisters" und "Einsetzung eines Untersuchungsausschusses" kommt StR. Dreher nicht mehr zurück und fordert auch keine Abstimmung.) Das Ergebnis der Abstimmung ist zweifelhaft, der Oberbürgermeister ordnet deshalb namentliche Abstimmung an. Es stimmen mit Ja: die Stadträte Bantleon, Bauer, Binzinger, Bürgers, Daiber, Dreher, Girmond, Dr.Kirchgeorg, Lindauer, Mästling, Mall, Mann, Nies, Dr.Schmid, Ökonomierat Schmid, Schmidlin, Schneider, Scholl, Urban, Dr.Weiss, Weller, Wieland, Wörner, mit Nein: StR. Bader, Göhring, Hefeke, Herrlinger, Pfuhler, Ruess, Scheffler.-

Stimmhaltung üben: StR.Häbe, Kühnert, Neher, Rapp, Ruedel, Dr.Sedlmayr, Spindler, Wiedemeier, Wiehl, Wizigmann.

Der Antrag ist also mit 23 gegen 17 Stimmen zum

Beschluß

erhoben.

Gemeinderatsprotokoll vom 13. März 1933 mit dem Antrag der NSDAP-Fraktion zur Auflösung des Gemeinderats (StA Ulm B 005/5 Nr. 284).

Parteizugehörigkeit der Gemeinderäte (bis 31. März 1933)

NSDAP: Dreher, Wilh., Schlosser, M.d.R.; Binzinger, Chr., Geschäftsführer; Scholl, Wilh., Landwirt; Nies, Chr., Kolonialwarenhändler; Bauer, Karl, Packer; Dr. Weiss, Otto, Diplom-Kaufmann; Mall, Chr., Obersteuersekretär

DNVP: Wörner, Otto, Architekt; Schmidlin, Toni, "Fräulein"; Schmid, Hans, Landesökonomierat; Mästling, Ernst, Mechanikermeister; Weller, Friedr., Mineralwassergroßhändler; Dr. Kirchgeorg, Otto, Landgerichtsdirektor; Dr. Schmid, Hermann, Rechtsanwalt; Bürgers, Julius, Ingenieur

Zentrum: Habe, Josef, Strafanstaltssekretär; Dr. Sedlmayr, Wilh., Verlagsdirektor; Ruedel, Michael, Landwirt in Söflingen; Rapp, Josef, Baumeister; Wiedemeier, Franz, Arbeitersekretär und M.d.R.; Kühnert, Mathilde, Hausfrau; Spindler, Johs., Gewerkschaftssekretär; Wizigmann, Eugen, Rechtsanwalt; Neher, Heinrich, Korbmachermeister; Wiehl, Alois, Oberlehrer

Christlich Sozialer Volksdienst: Girmond, Hermann, Oberlehrer

Deutsche Volkspartei: Rossmann, Jakob, Diplom-Kaufmann

Deutsche Demokratische Partei: Bantleon, Heinrich, Kaufmann; Wieland, Max R., Kommerzienrat; Daiber, Karl, Architekt; Schneider, Robert, Spenglermeister; Lindauer, Wilhelm, Lokomotivführer; Mann, Siegfried, Rechtsanwalt; Urban, Jakob, Metzgermeister, ausgetreten, Erklärung vom 29.März 1933 (Niederschrift des GR. § 41)

SPD: Göhring, Friedrich, Schriftleiter; Wild, Heinrich, Lokomotivführer, ausgetreten, Erklärung v. 27.3.1933 (Niederschrift des GR. § 41); Hefele, Josef, Schuhmachermeister; Pfuhler, Georg, Kassenbeamter, ausgetreten, Erklärung vom 26.März 1933 (Niederschrift des GR. § 41); Bader, Georg, Monteur; Herrlinger, Fr., Mittelschulrektor, ausgetreten, Erklärung vom 16.März 1933 (Niederschrift des GR. § 35); Ruess, Jakob, Geschäftsführer; Scheffler, Emil, Kassensekretär, ausgetreten, Erklärung vom 24.März 1933 (Niederschrift des GR. § 41)

KPD: Arnold, Hans, Lackierer; Siegwarth, Georg, Kraftfahrer, seit Febr.1932 in Untersuchungshaft wegen Vorbereitung zum Hochverrat und daher gemäß Art. 276 Gem. Ordnung seines Dienstes vorläufig enthoben.